

Nationen handeln nicht so, als ob der Klimawandel eine existenzielle Krise darstellt

geschrieben von Chris Frey | 23. März 2021

Entgegen der fast täglichen Berichterstattung in den Mainstream-Medien zeigen die Daten des IPCC und der NOAA keine Zunahme extremer Wetterereignisse, da sich die Erde in den letzten 150 Jahren nur mäßig erwärmt hat. Tatsächlich zeigen die Daten des IPCC und der NOAA, dass die Zahl der extremen Kälteperioden, Dürren, Überschwemmungen, Hitzewellen, Hurrikane, Tornados und Waldbrände seit den späten 1870er Jahren entweder leicht zurückgegangen oder relativ stabil geblieben ist.

Trotz dieser unwiderlegbaren Fakten haben die Führer von Nationen auf der ganzen Welt mehrere internationale Abkommen unterzeichnet, zuletzt das Pariser Klimaabkommen von 2015, mit dem eine angeblich drohende Klimakatastrophe abgewendet werden soll.

Allerdings stimmen ihre Taten nicht mit ihren Worten überein. Die UN berichteten kürzlich, dass dieselben politischen Führer, die öffentlich das Pariser Klimaabkommen unterzeichneten und sich damit verpflichteten, die Emissionen ihrer Länder einzuschränken, innenpolitische Maßnahmen ergriffen haben, die die Emissionen in Wirklichkeit erhöhen.

Mit Stand vom 26. Februar sagen die Vereinten Nationen, dass nur 75 der mehr als 190 Länder, die das Pariser Klimaabkommen ratifiziert haben, feste Verpflichtungen und detaillierte Pläne zur Emissionsreduzierung vorgelegt haben, obwohl sie sich verpflichtet haben, diese Pläne bis 2020 umzusetzen. Um das Ganze noch schlimmer zu machen, sagt die UNO, dass „der Grad der Ambition, der durch diese NDCs kommuniziert wird, darauf hindeutet, dass die Veränderungen in den Gesamtemissionen dieser Länder gering sein würden, weniger als -1% im Jahr 2030 im Vergleich zu 2010 ... während das IPCC im Gegensatz dazu darauf hingewiesen hat, dass die Emissions-Reduktions-Bereiche, um das Temperaturziel von 1,5°C zu erreichen, etwa 45% im Jahr 2030 im Vergleich zu 2010 betragen sollten.“

Egal, ob es sich um große oder kleine Emittenten handelt, die Realität ist, dass die Nationen die Armutsbekämpfung und das Wirtschaftswachstum (meiner Meinung nach zu Recht) über die Klimaschutzmaßnahmen stellen.

Schauen wir uns ein paar Beispiele an.

Indien ist der drittgrößte Treibhausgas-Emittent der Welt. Im Rahmen des Pariser Abkommens hat sich Indien nicht verpflichtet, seine Emissionen zu senken, sondern gesagt, es würde die Emissionsintensität (Emissionen in Prozent des BIP) reduzieren. Das Problem dabei ist, dass selbst wenn

Indien seine Ziele zur Verringerung der Kohlenstoffintensität übertrifft, seine Gesamtemissionen immer noch erheblich steigen werden. Als Ergebnis stellt die UNO fest: „Mit den aktuellen Energiezielen und -politik werden die Emissionen voraussichtlich weiter steigen (um 24-25 Prozent über das Niveau von 2019 im Jahr 2030) und zeigen keine Anzeichen für ein Erreichen des Höchststandes, insbesondere aufgrund des Fehlens einer Politik zur Abkehr von der Kohle. Ein solcher Anstieg der Emissionen ist nicht mit dem Pariser Abkommen vereinbar.“

In der Tat werden 70 Prozent des indischen Stroms durch die Verbrennung von Kohle erzeugt. Und Indiens jüngste Schätzungen gehen davon aus, dass der Kohleverbrauch bis 2030 um 40 Prozent steigen wird.

Noch schlimmer sind die Nachrichten aus China, dem größten Emittenten der Welt. China, das für etwa 25 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich ist, hat vage angedeutet, dass es erwartet, dass die Kohlendioxid-Emissionen im Jahr 2030 ihren Höhepunkt erreichen werden. Auf welchem Niveau?

Die Kommunistische Partei Chinas hat vor kurzem ihren Fünfjahresplan für die wirtschaftliche Entwicklung veröffentlicht, und er enthält keine Reduzierung des Kohleverbrauchs. Es wäre überraschend, wenn dies der Fall wäre. In den letzten Jahren hat China Dutzende von neuen Kohlekraftwerken gebaut und Hunderte weitere befinden sich in verschiedenen Bau-, Entwicklungs- und Planungsstadien. China beabsichtigt, kohlebefeuerte Kraftwerke in Afrika, in ganz Asien und im Nahen Osten zu errichten.

Gleichzeitig bremst China den Neubau von Wind- und Solaranlagen, die von der National Energy Administration (NEA) als „unzuverlässig“ bezeichnet werden.

Selbst Argentinien, ein relativ kleiner Emittent, wird Schwierigkeiten haben, seine Entwicklungsziele mit seiner Pariser Klimaverpflichtung in Einklang zu bringen. Auf einer kürzlich abgehaltenen Konferenz sagte Präsident Alberto Fernandez, Argentiniens Ziel sei es, bis 2050 netto null Treibhausgasemissionen zu erreichen. Währenddessen kündigte Fernandez zu Hause, weit weg vom Rampenlicht der internationalen Klimakonferenzen, an, dass die Regierung die fossilen Brennstoffe verdoppeln werde: „Heute bringen wir die Öl- und Gaswirtschaft wieder in Schwung“, beginnend mit 5 Milliarden Dollar an staatlichen Subventionen, um die Schieferfelder zu entwickeln.

Die politischen Eliten fürchten nicht wirklich, dass eine Klimaapokalypse bevorsteht. **Vielmehr nutzen sie die Bedrohung durch das Schreckgespenst „Klimawandel“, um immer mehr Macht und Kontrolle über das Leben der Menschen zu erlangen. Das ist es, worum es den Politikern bei der Klima-Angst geht und schon immer ging.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

H.L. Mencken witzelte einst: „Der Drang, die Menschheit zu retten, ist fast immer eine falsche Fassade für den Drang zu herrschen.“ Nirgendwo ist das wahrer als bei dem Versuch, die Welt vor dem Klimawandel zu retten.

H. Sterling Burnett, Ph.D. is a senior fellow at The Heartland Institute, a nonpartisan, nonprofit research center headquartered in Arlington Heights, Illinois.

Link:

https://redstate.com/heartlandinstitute/2021/03/17/nations-arent-acting-as-if-climate-change-poses-existential-crisis-n343694?_

Übersetzt von Chris Frey EIKE